

Erklärung zur Vorlage in der Nationalversammlung

Strenge Sicherheitsvorkehrungen, handverlesene Delegierte. Und dennoch ging die Nationalversammlung, die Burmas Militärregierung am 9. Januar eröffnet hat, nicht glatt über die Bühne. Minutiös beschreibt die folgende Erklärung der Nationalen Liga für Demokratie, warum der Eiertanz um demokratische Legitimation der Junta zum Scheitern verurteilt ist. Stark gekürzt dokumentieren wir die Erklärung, die geheim zirkulierte und als Grund für die überstürzte Vertagung des Nationalkonvents gilt.

Der Staatsrat zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung (SLORC) hat in der Order 13/92 grundlegende Prinzipien als Basis für einen Verfassungsentwurf niedergelegt, der die Zukunft *Myanmar-Naing-Ngans* [Union von Burma, Anm. d. Übers.] bestimmen wird. Die Nationalversammlung ist einberufen worden, um über diese Prinzipien zu beraten und einen Konsens zu finden.

Der SLORC hat sechs Prinzipien in Paragraph 4, Abschnitt b der Order 13/92 als Diskussionsgrundlage für den Nationalkonvent vorgelegt.

Diese sechs Punkte sind: 1. Erhalt der Union; 2. Erhalt der nationalen Solidarität; 3. Konsolidierung und Erhalt der Souveränität; 4. Herausbildung eines echten demokratischen Mehrparteiensystems; 5. Entwicklung unveränderlicher Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit im Staat; 6. Teilhabe der *Tatmadaw* (burmesische Armee) an der führenden Rolle in der nationalen Politik des Staates.

Dann ermutigt Abschnitt c "... die Vertreter, die an der Nationalversammlung teilnehmen, systematisch ihre Wünsche, Vorstellungen und Vorschläge auf dem Konvent vorzulegen."

Wie offiziell vom SLORC bestätigt wurde, wird die Diskussion sich hauptsächlich auf "Teilhabe der *Tatmadaw* an der führenden Rolle in der nationalen Politik des Staates" konzentrieren. (...)

Opfer sind an der Tagesordnung

Da die Armeegehörigen sich bei der *Tatmadaw* verpflichtet haben, um Leben und Eigentum ihres Volkes zu schützen, gegebenenfalls unter Einsatz ihres Lebens, ist der Genuß von Privilegien kein Teil dieses Abkommens. Opfer zu bringen, ist an der Tagesordnung. (...) Politik und Verwaltung sind Einflußbereiche, die außerhalb der Aufgaben der *Tatmadaw* liegen. Wenn religiöse Würdenträger

sich nicht in Politik einmischen sollten, dann sollte sich auch das Militär aus der Politik heraushalten. (...)

Eine Analyse des Grundprinzips Nr. 6 der SLORC Order 13/92 führt zu einer Zweiteilung: a) die führende Rolle in der nationalen Politik und b) die Teilhabe der *Tatmadaw* daran. "Eine führende Rolle in der Politik" heißt nicht einfach eine gewöhnliche bedeutende Rolle, sondern bedeutet eine Spitzenposition. (...)

Um dieser Klausel sorgfältig zu entsprechen, muß die Verfassung die Ernennung der höchsten Offiziere in wichtige Kabinettspositionen wie Premierminister, Verteidigungsminister, Außenminister, Innenminister etc. vorsehen, ohne daß sich diese zur Wahl stellen müssen. Es steht zur Diskussion, ob das die Grundprinzipien Nr. 4 und 5 ergänzt oder ihnen widerspricht.



Der Bürgerkrieg geht trotz des Nationalkonvents weiter.

aus: AW v. 20.1.1993, S. 28

Prinzip Nr. 4 besagt "Herausbildung eines echten demokratischen Mehrparteiensystems". Hier umfaßt der erste Teil die "Herausbildung eines echten Mehrparteiensystems" und der zweite die "Herausbildung eines echten demokratischen Systems".

Zuerst einmal zur "Herausbildung eines echten Mehrparteiensystems": Das steht für die Ablehnung eines Einparteiensystems und die legale Gründung von politischen Parteien, um in freien Wahlen für ein Mandat zu kandidieren. Aus der Wahl gehen Gewinner und Verlierer hervor; daran schließt sich die Einberufung des Parlaments an. Um der Verfassungsrichtlinie, die der *Tatmadaw* eine führende Rolle in der nationalen Politik garantiert, Rechnung zu tragen, muß dann ein Kabinett gegründet werden, was in diesem Fall bedeutet, daß die Posten des Premierministers und anderer wichtiger Minister mit Offizieren der *Tatmadaw* besetzt werden.

Damit wird der Part von Prinzip Nr. 4, der die "Herausbildung eines echten Mehrparteiensystems" fordert, für null und nichtig erklärt und der Kern der Wahlen löst sich in Wohlgefallen auf.

Als nächstes betrachten wir die "Herausbildung eines echten demokratischen Systems". Hier ist es notwendig, die exakte Definition des Begriffes "Demokratie" zu erfassen. (...) Es ist allgemein akzeptiert, daß Demokratie die Freiheit von Wort und Schrift, das Recht auf Veröffentlichungen, Glaubensfreiheit und Versammlungsfreiheit meint.

Nicht vereinbare Prinzipien

Tatsächlich trifft das jedoch nicht die Grundbedeutung von Demokratie, sondern das sind nur ihre Früchte. Demokratie im eigentlichen Sinn steht für ein System, in dem die Regierung ordnungsgemäß vom Volk gewählt wird.

Wenn also die Frage lautet, ob die

Prinzipien "Herausbildung eines echten demokratischen Systems" und "Teilhabe der *Tatmadaw* an der führenden Rolle in der nationalen Politik" miteinander vereinbar sind oder sich ausschließen, lautet meine Antwort, sie schließen sich gänzlich aus. (...)

Wenn eine Militärregierung und eine demokratische Regierung koexistieren sollen, dann wird das zwangsläufig zu einer Scheindemokratie führen. Warum? Weil eine Militärregierung nicht auf der Essenz der Demokratie, nämlich Wahlen, fußt.

Die *Tatmadaw* ist nach der Kommandostruktur organisiert. (...) Entschuldigungen, Argumente, Streitigkeiten und Kommentare gehören nicht zu ihrer Tradition. Militärische Disziplin ist von entscheidender Bedeutung, wenn der Befehl lautet, "Nehmt unverzüglich den Hügel ein", wird das unverzüglich ausgeführt. In der *Tatmadaw* ist kein Platz für Erwägungen wie "Diese Schießerei ist mein sicherer Tod". (...) Es zählen der absolute Befehl und Gehorsam ohne Wahlmöglichkeit. Mit anderen Worten, es gibt keine Demokratie in der *Tatmadaw*. Wenn in der *Tatmadaw* Demokratie eingeführt wird, führt das zu ihrer Auflösung. Diese Charakteristika unterscheiden die *Tatmadaw* vom zivilen Leben.

Die Männer der *Tatmadaw*, die mit dem Konzept von Befehl und Gehorsam leben, begreifen die Effektivität, die aus militärischen Befehlen erwächst, und es wird schwer für sie werden, demokratische Freiheit zu verstehen und sich davon beeindrucken zu lassen.

Das allmähliche Wachstum und die Entwicklung einer Zivilisation in der Welt basiert jedoch nicht auf einer Kommandostruktur. Echte Demokratie basiert auf Freiheit, die menschliche Vorstellungen, Kritik und Diskussionen hervorbringt, die historische Veränderungen herbeiführt. Auf der Weltbühne sind die sozialistischen und kommunistischen Diktaturen zusammengebrochen. Die sozialistischen und kommunistischen Staaten haben nun erkannt, daß ein autoritäres Regierungssystem nicht dem Wohl ihres Volkes dient und man kann deutlich beobachten, daß sie sich in demokratische Staaten wandeln.

Der Demokratiebewegung von 1988 folgte der Zusammenbruch sozialistischer linker autoritärer Regime, angefangen mit Polen, Ungarn, Ost-Deutschland, der Tschechoslowakei und in fast ganz Osteuropa sowie in der Mongolei und schließlich in der Sowjetunion, dem Urgroßvater des Kommunismus. (...)

Wiege des Umbruchs im Weltsystem

Myanmar-Naing-Ngan ist die prompte Antwort auf die Frage, worin all das wurzelt. Die modernen Revolutionen für Demokratie begannen in *Myanmar-Naing-Ngan*, das als erstes die anderen Länder aufrief, sich gegen das Einparteiensystem, gegen das sozialistische System und gegen die Diktatur aufzulehnen.



Ich weiß, daß einige Leute nicht akzeptieren werden, daß ich die Krise von 1988 als Revolution für Demokratie bezeichne. Es ist ein Naturgesetz, daß jedes Ereignis Beifall und Mißfallen nach sich zieht. (...) Ich leugne gar nicht ab, daß es während der 88er Krise auch zu Zwischenfällen gekommen ist, die unserem Land und unserem Volk Schande bereitet haben. Zu diesen Ereignissen gehören Plünderungen und Zerstörung, der Versuch der Kommunisten, die Situation auszunutzen, und Aufständische, die zum Tanz aufspielten, während Rom brannte. (...)

Der SLORC hat die demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung voll anerkannt. In diesem Zusammenhang steht Demokratie für politische und ökonomische Demokratie. Die Annahme, die letzte Volkserhebung habe ihren Ursprung in einem Mangel an Wirtschaftsdemokratie, ist nur die halbe Wahrheit. Die Erhebung verwandelte sich in eine Revolution, weil es keine politische Demokratie gab, die es ermöglicht hätte, die ungeliebte Regierung mit politischen Mitteln ins Wanken zu bringen.

Ich gehe davon aus, daß Prinzip Nr. 6

mit den besten Absichten zugrundegelegt worden ist, um dem Zerfall der Union und der Desintegration der nationalen Solidarität vorzubeugen und die Konsolidierung und den Erhalt der Souveränität zu gewährleisten.

Mancher wird nun Indonesien zitieren, das auf denselben Grundlagen gegründet wurde. Wie dem auch sei, man sollte im Kopf behalten, was in Thailand passiert ist, als die militärische Führung in der Verfassung das Recht festschrieb, einen Premierminister einzusetzen, der sich nicht zur Wahl stellen muß, und als sie dann versuchte, dieses spezielle Privileg auszuüben. Es wäre klug, aus diesen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit zu lernen, denn ich habe die ernsthafte Befürchtung, daß dem SLORC die Schuld zugewiesen würde, wenn ähnliche Ereignisse in unserem Land passierten.

Darüberhinaus möchte ich Sie bitten, da als eines der vornehmsten Grundprinzipien die "Entwicklung unveränderlicher Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit im Staat" in Paragraph 5 zugrundegelegt wird, in Ihre Erwägungen miteinzubeziehen, wie eine Bestimmung, die es der militärischen Führungsspitze

erlaubt, "automatisch" die führende Rolle in der nationalen Politik zu übernehmen, mit Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit in Einklang zu bringen ist.

Soldaten in Zivil als Wahlbürger

In einer Demokratie hat jeder Bürger und jede Bürgerin das uneingeschränkte Recht, an Wahlen teilzunehmen, ungeachtet der Rasse, Religion, Klasse und des offiziellen Status, unabhängig davon, ob arm oder reich. (...) Die grundlegenden demokratischen Prinzipien Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit verheißen gleiche Rechte und Chancen.

Ich bin der festen Überzeugung, daß Offiziere und Unteroffiziere, Feldwebel und einfache Soldaten ihre Uniformen ausziehen sollten, um bei den Wahlen als Kandidaten anzutreten. Nur so wird ein echtes demokratisches Mehrparteiensystem entstehen. Bestimmt würde die demokratische Massenbewegung die kriegserfahrene militärische Führungsspitze erfreut willkommen heißen, wenn diese auf demokratischen Wegen in die Politik ginge.

Des weiteren verbietet die Maxime, die der SLORC über die Möglichkeiten und Begrenzungen in der Demokratie ausgegeben hat, dem Personal der Streitkräfte, sich parteipolitisch zu betätigen. Wenn das Personal der Streitkräfte sich nicht parteipolitisch engagieren soll, dann dürfen auch die Angehörigen der *Tatmadaw* ohne Rücksicht auf ihren Rang sich nicht politisch betätigen. Warum? Weil alle Offiziere, Unteroffiziere, Feldwebel und Mannschaften ebenfalls Militärbedienstete sind.

des Armeegesetzes von 1959 verbietet es den Angehörigen der *Tatmadaw*, sich politisch zu engagieren oder irgendetwas mit Politik zu tun zu haben.

Am 1.3.1992 hat der Vorsitzende der Vorbereitungskommission für die Nationalversammlung, Maj-Gen Myo Nyunt, unter Bezugnahme auf das oben erwähnte Gesetz nochmals bestätigt, daß die *Tatmadaw* sich nicht an der Politik beteiligen soll.

In diesem Zusammenhang scheint es, daß der SLORC beabsichtigt, Politik in Parteipolitik und nationale Politik zu unterscheiden. Wenn das Volk Politik macht, dann ist das Parteipolitik und wenn die Armee Politik betreibt, dann handelt es sich um nationale Politik. Das ist nicht in Einklang mit dem Gesetz zu bringen.

Das Armeegesetz unterscheidet nicht zwischen Parteipolitik und nationaler Politik und macht dann eine Ausnahme im Fall der nationalen Politik. Das Armeegesetz erlaubt es keinem Angehörigen der *Tatmadaw*, sich an irgendeiner Form von Politik zu beteiligen.

Beispielhafter Respekt des SLORC vor dem Gesetz

"Respektiere das Gesetz" ist der Wahlspruch, mit dem der SLORC die Bevölkerung immer wieder mahnt. (...) Herr Vorsitzender, es besteht kein Zweifel, daß der SLORC beispielhaft ist in seinem Respekt für das Gesetz. Es bedarf aber einer neuen Auswertung, ob nicht Prinzip Nr. 6 des Verfassungsentwurfes einer Übertretung des Gesetzes gleichkommt.

"Wer Gesetze macht, sollte keine bre-

Party - die burmesische Einheitspartei von 1962 bis 1988, Anm.d.Übers.) und der Bevölkerung. Die Ma-Sa-La-Regierung hat das Land mit ihrem sozialistischen Einparteiensystem und ihrer Diktatur politisch, ökonomisch und sozial zerstört. Unfähig, diesen Zustand einen Augenblick länger zu ertragen, hat das Land sich ihr entgegengestellt, und diese Konfrontation eskalierte zu landesweiten Erhebungen. (...)

Das Volk verlangte nach wahrhafter Demokratie. Niemand sehnt sich nach einer Wiederholung eines solch bitteren Umbruchs. Wie dem auch sei, die Menschen wollen echte demokratische Rechte, um eine Regierung zu bilden, die sie wollen, geformt aus den Leuten und der Partei, die sie wollen, und um die Regierung zu stürzen, die sie verachten, gebildet aus den Leuten und der Partei, die sie nicht ausstehen können.

Was sagte der SLORC, nachdem er die Regierungsgewalt 1988 übernommen hatte? Er plädierte dafür, freie und faire Wahlen abzuhalten und demokratischen Einrichtungen den Start zu ermöglichen. Er kündigte auch an, daß nach den Wahlen eine Regierung gegründet werde.

Wahlen sind in einer ganzen Anzahl von Ländern durch Morde, Massaker, Unruhen, Blutvergießen, Manipulationen, einen Mangel an Freiheit und Gerechtigkeit behindert worden. Entgegen der allgemeinen Erwartung, daß die Mehrparteiwahlen, die der SLORC am 27. Mai 1990 abgehalten hat, beeinflußt und unfair verlaufen würden, waren sie ein voller Erfolg. Sie haben sich als die freiesten, fairsten und saubersten in der Welt entpuppt, unbeeinträchtigt von Konflikten, Unruhen und Blutvergießen.



WORKING PEOPLE'S DAILY

Volume XXX, Number 10

3rd Waning of Pyatho, 1354 ME

Sunday, 10 January, 1993

Die staatliche Zeitung WPD

Ich habe die bewundernswerte Rede des SLORC-Vorsitzenden General Than Shwe am 23.6.92 gehört, in der er sagte: "Die Mitglieder der *Tatmadaw* sind Personal der Streitkräfte und als solche schulden sie einer künftigen demokratischen Regierung, Untertanentreue. Wir, die Angehörigen der *Tatmadaw*, müssen uns ernsthaft und gewissenhaft der Aufgabe widmen, das Land zu verteidigen, Recht und Ordnung zu erhalten und Ruhe und Frieden in der Region zu sichern."

Es sollte kein Zweifel über das Recht der *Tatmadaw* herrschen, sich politisch zu betätigen. Welches Gesetz verbietet so etwas? Paragraph 191, Regel Nr. 19(11)

chen", hat der Vorsitzende Generalmajor Myo Nyunt während der Plenarsitzung zur Einberufung des Nationalkonvents gesagt. Das Prinzip, das "die Teilhabe der *Tatmadaw* an der führenden Rolle in der nationalen Politik des Staates" erlaubt, ist keine vorrangige Pflicht der *Tatmadaw*, es ist künstlich und stellt eine Übertretung des bestehenden Armeegesetzes dar; daher sollte es gestrichen werden.

Wenn das der Fall ist, welchen Kurs sollte der SLORC dann am besten einschlagen?

Die Erhebungen von 1988 waren ein Konflikt zwischen der Ma-Sa-La-Regierung (BSPP; Burma Socialist Program

Jedes Kind weiß, daß Wahlen abgehalten werden, um die Regierungsgewalt an die Parteien zu übertragen, die aus der Wahl als Sieger hervorgehen. Das ist ein unverbrüchliches Gesetz. Wir danken dem SLORC uneingeschränkt für seine Rolle als unparteiischer Schiedsrichter während der Wahlen. Doch dann mußten wir erleben, wie der SLORC seinen Anteil an der Fairneß der Wahlen schmälerte. Die Staatsgewalt stand der Siegerpartei nach den freiesten und fairsten Wahlen gegenüber. (...)

Keine Gefahr für Zerfall des Landes nach einer Machtübergabe

Ich kann die Befürchtung der *Tatmadaw* verstehen, daß das Land wie die Sowjetunion und Jugoslawien zerfallen wird. Wir freuen uns über die guten Absichten der *Tatmadaw* für das Land und respektieren die Befürchtungen der Führungsriege. Die tatsächliche Situation *Myanmar-Naing-Ngans* zeigt indes keine Anzeichen eines Zerfalls und keine Regierung, die die Macht übernimmt, wird das je zulassen. Ich wage zu behaupten, daß die *Tatmadaw* nicht mit verschränkten Armen zusehen würde, wenn das Land vom Zerfall bedroht wäre, sondern Schulter an Schulter mit uns stünde. Die *Tatmadaw* ist eine Organisation unter Kontrolle der Regierung. Die Frage nach dem Zerfall würde sich gar nicht stellen, wenn die *Tatmadaw* voller Pflichtgefühl loyal der Regierung diene.

Leider muß ich nach all dem feststellen, daß ich die Einbindung des Prinzips "Teilhabe der *Tatmadaw* an der führenden Rolle in der nationalen Politik" nicht unterstützen kann, weil es einer echten Demokratie grundsätzlich widerspricht. (...)

Die Wahlen von 1990 sind ein bedeutsames Zeichen, das den historischen Wandel vom Einparteien- zum Mehrparteiensystem, von der sozialistischen Wirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Diktatur zur Demokratie eingeleitet hat. Mit anderen Worten: die Wahlen sind eine nationale Angelegenheit, die das Wohlergehen der gesamten Nation betreffen.

"Ihr habt gesagt, ihr wollt Wahlen und wir haben faire Wahlen abgehalten. Die Sache ist gelaufen." Mit Worten wie diesen können Sie die Tatsachen nicht vom Tisch wischen. Das ist kein Klacks, den man einfach so vergessen kann. Bitte bedenken Sie, es handelt sich um eine *nationale Angelegenheit*. "Die *Tatmadaw* wird niemals nationale Angelegenheiten verraten", ist das laute und eindeutige Bekenntnis des SLORC. (...) Ein Gelöbnis, das in Frage gestellt werden muß, wenn die *Tatmadaw* die Machtübergabe verweigert oder vorgibt, die Sache gehe sie nichts an. Es wird den Eindruck erwecken, als verhöhne sie das Streben des Volkes nach Demokratie. Ich fürchte, daß diese Angelegenheit sich zu einem Verrat gegen Land und Volk auswachsen wird. (...)

Der SLORC braucht nun den Mut, das Rechte zu tun und das Falsche zu richten. Es heißt: "Wenn einer sein Wort hält, dann wird sein Einfluß stark sein und die Sträucher, Gräser und Bäume, die er pflanzt, werden Heilkraft haben. Alles wird heilende Kräfte in den Händen des SLORC entwickeln durch bloße Loyali-

tät gegenüber den nationalen Angelegenheiten, dem Land und Volk. Dank Ma-Sa-Las 26jährigen Diensten an unserem Land, ist unser Land im Vergleich mit anderen Ländern wirtschaftlich schwer angeschlagen.

Demokratie Voraussetzung für Wirtschaftsaufschwung

Das Land, das vor der sozialistischen Ära das wohlhabendste Land Südasiens war, gehört nun zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) in der Welt. (...)

Was unser Land braucht, um den LDC-Status abzuschütteln, ist wirtschaftlicher Fortschritt. Um diesen zu erreichen, brauchen wir Märkte für unsere Produkte. Die Frage, ob arme oder reiche Märkte, beantwortet sich von selbst. (...) Nur reiche Länder können gute Preise für unsere Produkte bieten. Nur wenn wir gute Preise erzielen, können wir prosperieren. Und nur wenn wir freundliche politische Beziehungen zu reichen Ländern aufbauen, werden sich gute wirtschaftliche Chancen auftun.

Demokratie herrscht heute weltweit vor. Länder ohne Demokratie werden von anderen abgekapselt. Entwicklung einer echten Demokratie ist eine Voraussetzung für einen schnellen Aufschwung des Landes.

Ausländische Investitionen, Devisen, moderne Maschinerie und Technologien sind notwendig für eine rasche Entwicklung. Neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Unser Einkommen wird steigen. Um ausländische Investitionen anzuziehen, brauchen wir ein politisches System, das für die Welt akzeptabel ist. Damit das Land gedeiht, müssen wir intensiv an Entwicklungsprojekten arbeiten, mit ausländischer Hilfe, Subventionen und Krediten. Wir werden uns einen Status als "meistbegünstigte Nation" erarbeiten. Dieser Weg wird uns nicht nur aus dem LDC-Status führen, sondern wird ein ökonomisch, militärisch und politisch starkes Land hervorbringen, das als Löwe unter den vier Tigern Asiens erwachen wird. (...)

Niemand kann die Tatsache ausradieren, daß der SLORC die Staatsgewalt übergeben muß in Übereinstimmung mit dem Recht und entsprechend dem Ergebnis der Wahlen, die er selbst abgehalten hat. Und wenn diese Tatsache doch weggewischt wird, dann werden die Folgen zum Schaden des Landes sein.

Anträge an den Konvent auf Demokratie

Herr Vorsitzender, ich möchte gerne diesem Konvent rechtmäßig zwei Anträge vorlegen.

Erster Antrag: Da das Prinzip Nr. 6 der SLORC Order 13/92, "Teilhabe der *Tat-*

madaw an *madaw* an der führenden Rolle in der nationalen Politik", im Gegensatz steht zu Prinzip Nr. 4, "Herausbildung eines echten demokratischen Mehrparteiensystems", und zu Prinzip Nr. 5, "Entwicklung unveränderlicher Prinzipien von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit im Staat", und da es sich zu einer Übertretung des Armeegesetzes, Paragraph 191, Regel Nr. 19(11) auswächst, muß dieser Konvent Prinzip Nr. 6 streichen. Sodann muß in Übereinstimmung mit dem Recht eine Parlamentssitzung einberufen werden, um die Staatsgewalt an die *Nationale Liga für Demokratie* (NLD) zu übergeben, die die Wahlen gewonnen hat. Damit würde auch die Loyalität der *Tatmadaw* gegenüber den nationalen Angelegenheiten, Land und Volk demonstriert.

Zweiter Antrag: Falls der SLORC die Macht nicht übergeben kann und mit allen Mitteln an der Festschreibung von Prinzip Nr. 6 festhält, lege ich den folgenden Antrag vor:

Um in Einklang mit dem Slogan "Die Herausbildung der Staatsverfassung ist die Pflicht aller Bürger und Bürgerinnen" zu handeln, und damit die *Tatmadaw* nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unter Beweis stellen kann, daß sie sich dem Wahlspruch "Die *Tatmadaw* respektiert die Bestrebungen des Volkes" verpflichtet fühlt, soll ein Referendum abgehalten werden, ob Prinzip Nr. 6 festgeschrieben oder gestrichen werden soll.

Wenn das Mandat gegen die Beteiligung der *Tatmadaw* in der Politik ausfällt, müssen Schritte unternommen werden, um alle Vorkehrungen, das Prinzip in der Verfassung zu verankern, zu annullieren.

Fällt das Mandat zugunsten der "Teilhabe der *Tatmadaw* an der Politik" aus, sollte die Klausel fest in die Verfassung aufgenommen werden. Das Mandat des Volkes als solches wird den demokratischen Prozeß bestätigen und die Rolle des Volkes wird ordnungsgemäß anerkannt. (...) Es wird ein großer Beitrag sein zur Herausbildung einer stabilen Verfassung für ein zukünftiges *Myanmar-Naing-Ngan*.

Ich schließe mit dem Wunsch: Lang lebe die *Tatmadaw*, loyal gegenüber dem Volk, respektvoll gegenüber den Bestrebungen des Volkes, der Rolle des Volkes und seines Mandates, erfüllt mit der Courage der Helden, den nationalen Aufgaben erfolgreich zu dienen.

Der vollständige Artikel kann für 3,- DM im Burma Büro bezogen werden. Übersetzung aus dem Englischen von Silvia Feist.